

# Panikmache wegen Altmaiers Abstandsregel

Reaktion auf den Brandbrief gegen Altmaiers Klimapläne, OP 14.11.2019:

Der Ausbau der Windenergie an Land stößt an Grenzen („Windkraft am Limit“, Welt, 19.06.2019). Ein weiterer Ausbau geht nur noch auf Kosten der Lebensqualität der Anlieger.

Selbst der geringe 1000 Meter-Mindestabstand ist offenbar nicht mehr einzuhalten. Die Energie- und Wirtschaftsverbände reagieren darauf mit einer auf Panikmache angelegten Kampagne und spannen andere vor ihren Karren: Wenn sich Betroffene gegen monströse Anlagen wehren, spricht Monitor am 29.08.2019 von einem „Angriff auf die Windkraft“. Campact zeigt in einem Feldzug gegen Altmaiers 1000 Meter-Regel den Minister in einer Fotomontage mit einer großen Kettensäge vor umgelegten Windrädern, wo es doch umgekehrt genau diese Anlagen sind, die Wald zerstören.

Windräder sind nicht mehr

wie zu Zeiten der Ausweisung der Vorranggebiete 100 Meter, sondern bis zu 250 Meter hoch und liefern durch den stärkeren Höhenwind bei vergleichsweise niedrigem Mehraufwand den fünf- bis sechsfachen Ertrag.

Über den laufenden Austausch kleiner durch große Anlagen, der womöglich das gesteckte Ziel auch ohne Zubau erreichen lässt, ist kein Wort zu hören.

Für neue Anlagen muss die 10-H-Regel (Abstand = 10 mal Höhe) gelten, denn höhere Anlagen erzeugen stärkere Geräusche und verbreiten sie in einem größeren Umkreis.

Wird nicht national, sondern europäisch oder gar global gedacht, gibt es mit den in der Entwicklung befindlichen hocheffizienten Flugwindenergieanlagen auf hoher See oder den Sonnenspiegel-Kraftwerken in Spanien oder Nordafrika genügend Alternativen.

Aber der Widerstand gegen die weit weniger schädlichen Stromtrassen ist gesellschaftlich akzeptiert.

Wer „north stream 2“ bauen kann, wird auch Strom aus Spanien oder Nordafrika heranschaffen können. Und statt Flüssiggas aus den USA lässt sich Wasserstoff übers Mittelmeer per Tanker transportieren. Bei Öl und Gas sind wir voll vom Ausland abhängig; es ist utopisch, bei den erneuerbaren Energien unabhängig zu werden. Lässt man das Totschlagargument Arbeitsplatzabbau von Enercon gelten, müssten wir bei der Braunkohle und beim Benzin-/Dieselmotor bleiben. Für die teure Umstellung auf eine effiziente Gas-Brennwerttherme werde ich nun mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer bestraft. Würde mir der Strom von der nahen Windenergieanlage so günstig geliefert, dass der Betrieb einer Wärmepumpe nicht teurer ist, ergäbe das einen Sinn. Wenn die Subventionen und der Strom jedoch in Elektroautos, also den Individualverkehr, fließen, dem wir die Zersiedlung der Landschaft verdanken, hört jedes Verständnis dafür auf.

Dr. Reiner Standke,  
Kassel